

6
80

Union in Deutschland

Bonn, den 14. Februar 1980

Steuerprogramm eingebbracht

Die Äußerungen aus der SPD und FDP zur Steuerpolitik sind widersprüchlich. Ein Teil will das Paket verändern, auf das sich die Koalition kurz vor Weihnachten 1979 nach langen Mühen verständigt hatte. Ein anderer Teil will daran festhalten. Demgegenüber ist der Kurs der CDU/CSU klar. Die Bundestagsfraktion hat am 12. 2. 1980 den Entwurf eines Steuer- und Familienentlastungsgesetzes 1981 beschlossen, wie es Franz Josef Strauß schon am 12. 12. 1979 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte.

Die Koalition hat den Unionsantrag auf Abbau der heimlichen Steuererhöhungen des Jahres 1980, die sich auf bis zu zehn Milliarden DM belaufen, abgelehnt, stellt hierzu der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, fest. 1981 werden die heimlichen Steuererhöhungen rund 20-Milliarden DM erreichen. Gerade angesichts unserer schweren Zukunftsaufgaben muß verhindert werden, daß unser Steuerrecht noch leistungs- und investitionsemmender wird.

Sollte die Koalition zur Verstärkung unserer internationalen Sicherheit endlich Schlußfolgerungen ziehen, ihre Haushalts- und Finanzplanung nach neuen Zukunftsprioritäten ändern und Abstriche an ihrem Steuerentlastungs- und Transfersteige-

(Weiter auf Seite 2)

BUNDESTAG

Abbau der heimlichen Steuererhöhungen vordringlich / Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des CDU/CSU-Gesetzentwurfes Seite 5

SCHULDEN

Matthöfers Alarmbericht bestätigt die Warnung der Union Seite 7

KOALITION

Rentenwirrwarr bei SPD/FDP Seite 9

NDR

Neuer Staatsvertrag sichert ein ausgewogenes, bürgerliches Programm Seite 11

GESUNDHEIT

Krebsbericht der Bundesregierung ist nicht mehr als eine Farce Seite 13

WOHNGELD

Warnung vor neuer Täuschung der Betroffenen Seite 14

DOKUMENTATION

Landwirtschaft in einer freien Gesellschaft / Agrarprogramm der CDU/CSU grüner Teil

ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Neuvorstellung

rosa Teil

■ INFORMATION

Osthandel darf nicht Moskaus Expansion finanzieren

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Elmar Pieroth, forderte die Bundesregierung auf, endlich in der Frage der Wirtschaftssanktionen den zwiespältigen Eindruck zu korrigieren, den die Koalitionsparteien und die federführenden Ministerien bieten. Sie dürfe nicht weiterhin herumlavieren und jedermanns Liebling sein wollen. In der Krise komme es vor allem darauf an, zu den Freunden zu halten. Unser Platz müsse deshalb klar an der Seite der USA sein.

Wir dürften nicht den Eindruck bestehen lassen, als müßten die USA die Last von Wirtschaftssanktionen allein tragen, während wir Vorteile aus der Krise ziehen. Der sowjetischen Führung müsse gezeigt werden, daß sie nicht beides zugleich haben könne: einerseits eigene militärische Expansion, andererseits fremde Wirtschafts- und Finanzhilfe, die ihren Spielraum für militä-

rische Rüstung vergrößere und zugleich dazu diene, die Schwächen des eigenen sozialistischen Wirtschaftssystems zu überdecken.

Wenn die Sowjetunion in Afghanistan nicht einlenke, sei eine gründliche Überprüfung des Ost-West-Handels, der Kreditvergabe an die Sowjetunion und der Tätigkeit sowjetischer Staatsfirmen in der Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel auf dem Transportsektor, notwendig.

Fachgespräche mit dem BDI

Zu einem der regelmäßigen Fachgespräche mit wichtigen Verbänden und Organisationen trafen leitende Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit den Abteilungsleitern und Referenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Im Mittelpunkt des Gespräches der beiden Delegationen, die vom Leiter der Hauptabteilung „Allgemeine Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Unternehmensfragen“ des BDI, Jens-Peter Petersen, und vom Bundesgeschäftsführer der CDU, Ulf Fink, geführt wurden, standen die wirtschafts-

Fortsetzung von Seite 1

rungspaket 1981/82 vorschlagen, so wäre die CDU/CSU um der Gesamtverantwortung willen bereit, über die Verschiebung von Teilen ihrer eigenen Vorschläge mit sich reden zu lassen. Eine weitere Zunahme der ohnedies abenteuerlich anwachsenden Staatsverschuldung wäre keine Politik zur Sicherung der Zukunft. Die Koalition trägt jedoch bis zum Herbst 1980 die Regierungsverantwortung und muß kraft ihrer Führungspflicht vorangehen und Vorschläge machen.

Im übrigen fordert die CDU/CSU die SPD und FDP auf, die Kritik nahezu aller ideologiefreien Sachverständigen an den Steuer- und Transfervorschlägen der Koalition zu beherzigen und sich den Vorschlägen der CDU/CSU anzuschließen, welche leistungs-, familien- und investitionsfreundlicher sind und damit den Herausforderungen der Zukunft mehr gerecht werden.

Die wichtigsten Punkte des Steuerprogramms '81 auf Seite 5/6 — Beispiele der Auswirkungen auf den Steuerzahler — siehe UiD 43/79.

und konjunkturpolitischen Perspektiven für 1980.

Im einzelnen diskutierten die Gesprächsteilnehmer den Jahreswirtschaftsbericht 1980, Fragen der Umwelt- und der Energiepolitik, Probleme der Strukturpolitik in der EG sowie die Folgen der zunehmenden administrativen Belastungen für Wachstum und Beschäftigung. Es wurde vereinbart, das Gespräch fortzuführen.

Olympia-Briefmarken abändern

Der CDU-MdB Wilfried Böhm hat sich dafür ausgesprochen, die zur Olympia vorgesehenen Sonderbriefmarken so zu gestalten, daß sie nicht für die Sommerspiele in Moskau, sondern für die Deutsche Sporthilfe werben. Zugleich forderte Böhm den Bundespostminister auf, eine Sonderbriefmarke für die Flüchtlinge aus Afghanistan herauszubringen.

Wieder Millionengrenze überschritten

Überwiegend aus saisonalen Gründen hat die Arbeitslosigkeit Ende Januar 1980 gegenüber dem Vormonat deutlich zugenommen und binnen Jahresfrist wieder die magische Millionengrenze (1,03 Mio.) überschritten. Der Umstand, daß im Vergleich zum Januar 1979 die Arbeitslosenzahlen um 134 000 niedriger liegen, vermag nach Ansicht von MdB Heinz Franke, Vorsitzender des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik — der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wenig Trost zu spenden. Das der Bundesanstalt für Arbeit angegliederte Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg hat eine Arbeitsmarktpflege veröffentlicht, die sich im Gegensatz zu den „geschönten“ Zahlen des Jahreswirt-

schaftsberichts der Bundesregierung durch einen erfreulichen Realitätssinn auszeichnet:

Angesichts eines gegenüber 1979 mit hoher Wahrscheinlichkeit erheblich abgeschwächten Wirtschaftswachstums von 2 bis 2,5 % werden sich in den kommenden Monaten zwangsläufig die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu 1979 deutlich erhöhen. Es bleibt ein Geheimnis der Bundesregierung, wie sie gleichwohl von kaum veränderten Arbeitsmarktzahlen für 1980 ausgeht. Man will offenbar — koste es was es wolle — dem Wähler Sand in die Augen streuen.

Neue Nachteile für die Landwirtschaft

Zu den Agrarpreisvorschlägen der EG-Kommission erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Burkhard Ritz und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ignaz Kiechle, eine Anhebung des Agrarpreisstützungsniveaus in der EG für das Wirtschaftsjahr 1980/81 um 2 bis 3,5 Prozent dürfte einer durchschnittlichen Preisanhebung von 2,5 Prozent entsprechen. Wegen des gleichzeitig erwogenen Abbaus des Währungsausgleichs dürfte dabei für die deutsche Landwirtschaft nur eine Preisverbesserung von durchschnittlich 1,5 Prozent herauspringen.

Bekanntlich habe die Bundesregierung zugeben müssen, daß bereits im laufenden Wirtschaftsjahr mit einem Einkommensrückgang der deutschen Bauern um 4 Prozent zu rechnen sei. Die von der EG-Kommission in die Diskussion gebrachten Vorschläge seien daher weder geeignet, die Inflationsrate bei den landwirtschaftlichen Betriebsmit-

teln auszugleichen, noch den bescheidenen Einkommensstand der Bauern zu bewahren.

RCDS fragt die Parteien

In Bonn legte der RCDS-Bundesvorsitzende Stephan Eisel „Thesen und Forderungen des RCDS zur Bundestagswahl 1980“ vor. Der RCDS will mit seiner Vorlage einen Beitrag zur Versachlichung des Wahlkampfes leisten. Es darf nach Ansicht des Studentenverbandes in der Diskussion nicht untergehen, daß 1980 nicht nur Personen, sondern vor allem politische Konzepte zur Wahl stehen. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, allen Interessierten die Vorstellungen der Parteien unabhängig von den auf Öffentlichkeitswirksamkeit getrimmten Wahlkampfmaterialien zugänglich zu machen.

Der RCDS wählte deshalb die Form von Thesen und Forderungen, an die sich jeweils konkrete Fragen an die Parteien anschließen. Der RCDS will die „Thesen und Forderungen“ den Vorsitzenden der Parteien zustellen und zusammen mit den Antworten im Sommersemester 1980 an den Hochschulen veröffentlichen. Die Stellungnahme der Parteien soll Studenten als Entscheidungshilfe dienen.

Die Jugend der UCD tritt Europäischer Union bei

Auf einer Konferenz der „Europäischen Union junger christlicher Demokraten“ in Madrid ist der Jugendverband der spanischen Regierungspartei UCD als assoziiertes Mitglied aufgenommen worden. Nach eigenen Angaben zählt der Verband 30 000 Mitglieder. Der Jugendverband ist damit die erste Organisation der spanischen Partei, die sich einer Gliederung der Europäischen Volkspartei (EVP) anschließt. Teilneh-

mer der Konferenz in Madrid hoffen nun, daß spätestens nach der Aufnahme Spaniens in die Europäische Gemeinschaft die UCD dem Beispiel ihrer Jugendorganisation folgen wird.

Dokumentation über DDR-Provokation

Der CDU-MdB Olaf von Wrangel hat die Bundesregierung aufgefordert, eine Dokumentation über die Provokationen und Brutalitäten der DDR an der innerdeutschen Demarkationslinie vorzubereiten, die zur weltweiten Verbreitung bestimmt sein und insbesondere den UNO-Mitgliedern und den Unterzeichnerstaaten der KSZE übergeben werden solle.

Außenpolitischer CDU-Kongreß im März

Die CDU veranstaltet am 4. und 5. März im Konrad-Adenauer-Haus einen außenpolitischen Kongreß, auf dem Wissenschaftler, Experten und Politiker über Grundlagen, Ziele und Perspektiven der deutschen und internationalen Politik diskutieren werden. Helmut Kohl wird bei der wissenschaftlichen Fachtagung über die Perspektiven deutscher Außenpolitik für die 80er Jahre sprechen, der holländische Ministerpräsident Andries van Agt über die Verantwortung und die Aufgaben des freien Europa für die Welt. Weitere Redner sind u. a. der frühere amerikanische Verteidigungsminister James Schlesinger, der das Thema Friedenspolitik in einer instabilen Welt behandelt, Prof. William Griffith, der die Entwicklungsperspektiven der Sowjetunion analysiert, sowie der Direktor des Londoner Instituts für strategische Studien, Christoph Bertram, der über regionale Ungleichgewichte und ihre Auswirkung auf Entspannung und Abrüstung spricht.

■ STEUERPROGRAMM '81

Abbau der heimlichen Steuererhöhungen vordringlich

Nachfolgend eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 12. Februar 1980 beschlossenen Entwurfes eines Steuer- und Familienentlastungsgesetzes 1981.

1. Korrektur des Einkommensteuertarifs

- a) Entlastungsvolumen (Entstehungsjahr 1981) 8 Mrd. DM.
- b) Kurzbeschreibung des Tarifs:
 - Der Eingangsteuersatz im Proportionalbereich (Einkommen bis 16 000 DM/32 000 DM) wird von 22 % auf 21 % gesenkt, was einer 4,5 %igen Steuersenkung entspricht.
 - Der zum 1. Januar 1978 eingeführte Tariffreibetrag von 510 DM/1 020 DM wird im Interesse der Klarheit des Tarifs und der Steuervereinfachung in den Grundfreibetrag eingebaut, der sich dadurch von 3 690 DM/7 380 DM auf 4 200 DM/8 400 DM erhöht.

- Das Schwergewicht der Tarifänderung liegt auf einer Abflachung der Progressionskurve im Einkommensbereich bis 60 000 DM/120 000 DM. Dadurch wird der Belastungsanstieg und damit das Wachstum der heimlichen Steuererhöhung gebremst.

2. Familienkomponente

- a) Einführung eines steuerlichen Kinderfreibetrages von 300 DM je Kind und Elternteil.
- b) Erhöhung des staatlichen Kindergeldes für Erst- und Zweitkinder um jeweils 20 DM/Monat, also für das erste Kind von 50 DM auf 70 DM und für das zweite Kind von 100 DM auf 120 DM.
- c) Finanzvolumen der beiden Maßnahmen 5,5 Mrd. DM:
 - davon steuerlicher Kinderfreibetrag 2,5 Mrd. DM;
 - davon höheres Kindergeld 3 Mrd. DM.
- d) Kurzbeschreibung der Maßnahmen:
 - Die Familienpolitik ist einer der Schwerpunkte der Politik der Union.
 - Steuerliche Kinderfreibeträge als Ergänzung des staatlichen Kindergeldes stellen das ordnungspolitisch richtige Mittel dar, die Leistungsfähigkeit der Familien mit Kindern zu erhalten.
 - Die vorgesehenen Kinderfreibeträge von 300 DM je Kind und Elternteil sind nur ein erster Schritt in diese Richtung.
 - Der mit dem Steueränderungsgesetz 1979 mit Wirkung ab 1. Januar 1980 eingeführte Kinderbetreuungsbetrag von bis je 600 DM je Kind und Elternteil soll daneben weitergelten.
 - Die Gewährung des Kindergeldes soll nach Ansicht von CDU/CSU weiter-

hin nicht an Einkommensgrenzen gebunden werden. Einkommensgrenzen sind nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, verwaltungsmäßig kompliziert, sie stellen auch eine Einkommensverteilung in einer Weise dar, wozu der Staat nach Auffassung von CDU/CSU in einer freien und marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft nicht berechtigt sein darf.

3. Sonderausgaben

- a) Erhöhung des sogenannten Vorwegabzugs (§ 10 Abs. 3 Nr. 2 EStG) bei den Sonderausgaben von 2 500 DM/5 000 DM auf 3 000 DM/6 000 DM.
- b) Entlastungsvolumen (im Entstehungsjahr 1981) 0,9 Mrd. DM.
- c) Mit der vorgesehenen Erhöhung des Vorwegabzugs sollen in erster Linie die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Leistungen der Selbständigen für ihre Altersvorsorge (Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Rentenversicherungen u. ä.) verbessert werden.

4. Arbeitnehmerbereich

- a) Erhöhung und qualitativer Ausbau des Weihnachtsfreibetrages (§ 19 Abs. 3 EStG) zu einem Urlaubs- und Weihnachtsfreibetrag von 400 DM auf 600 DM.
- b) Entlastungsvolumen (im Entstehungsjahr 1981) 1,2 Mrd. DM.
- c) Mit dieser Maßnahme soll die steuerliche Belastung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes gemildert werden.

5. Gewerbliche Wirtschaft

- a) Übernahme der Steuerbilanzwerte für die Vermögensbildung.

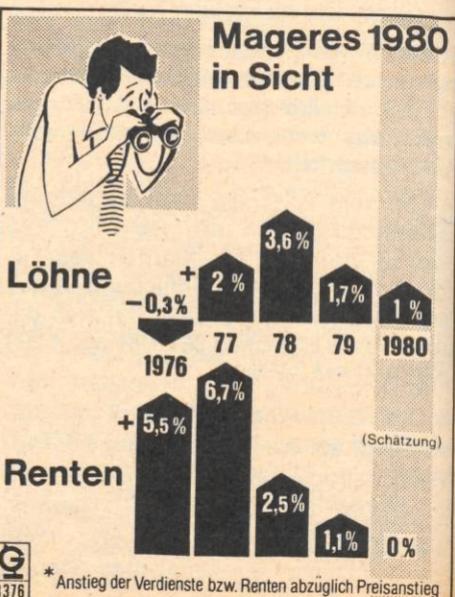
b) Entlastungsvolumen 1 Mrd. DM.

c) Mit dieser insbesondere auch der Steuervereinfachung dienenden Maßnahme soll eine möglichst weitgehende Angleichung der ertragsteuerlichen und vermögensteuerlichen Wertermittlung erfolgen.

6. Zusammenstellung

a) Steuerliche Maßnahmen in Mrd. DM	
— Tarifreform	8,0
— Steuerliche Kinderfreibeträge	2,5
— Sonderausgaben	0,9
— Weihnachtsfreibetrag	1,2
— Gewerbliche Wirtschaft	1,0
	13,6
b) Transferleistungen (Kindergeld)	3,0
c) Gesamtvolumen des „Pakets“	16,6

Kaufkraftentwicklung* in der Bundesrepublik



■ STAATSSCHULDEN

Matthöfers Alarmbrief bestätigt die Warnungen der Union

Bundesfinanzminister Hans Matthöfer hat mit seinem „Alarmbrief“ über die Finanzlage des Bundes an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion nach Ansicht des CDU/CSU-Haushaltsexperten, MdB Heinrich Windelen, die Warnungen der Union vor einer drohenden Finanzkrise und Überschuldung des Staates bestätigt.

Matthöfer hat in seinem Schreiben auf „enorme Schwierigkeiten“ für die künftigen Haushalte hingewiesen, die sich aus der Verteuerung der Öl einfuhren und den neuen internationalen Verpflichtungen ergeben. Wegen der Zinslasten für frühere Schulden erhob er gegen weitere Kreditaufnahmen „stärkste Bedenken“ und lehnte Zugeständnisse über die gerade noch finanzierten Steuersenkungen von 17 Milliarden Mark hinaus ab.

Dazu Heinrich Windelen: Der „Alarmbrief“, mit dem der Finanzminister die Flucht in die Öffentlichkeit antritt, weckt die Erinnerung an die Kabinettsvorlage vom 18. Mai 1972, in der Karl Schiller als Bundesfinanzminister die bereits damals bestehende Misere der Staatsfinanzen zahlenmäßig darstellte. Diese Kabinettsvorlage war Vorstufe seines späteren Rücktritts, den er in seinem Schreiben an den Bundeskanzler vom 2. Juli 1972 mit den Worten begründete: „Ich bin nicht bereit, eine Politik zu

unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: „Nach uns die Sintflut.“

Gerade Finanzminister Matthöfer gehörte in der Vergangenheit zu den Politikern, die die unter der Regierungsverantwortung der SPD heraufbeschworene Lage der Staatsfinanzen stets verharmlosten und verniedlichten und die die seit Jahren erhobenen Warnungen der CDU/CSU vor der drohenden Finanzkrise und der Überschuldung des Staates durch zu hohe Staatsausgaben als „Panikmache“ und „Krisengerede“ verhöhnten.

Jetzt bestätigt er selbst die Berechtigung der Warnungen. Was er über die Gefahren der bereits erreichten Überschuldung des Staates zu Lasten unserer Kinder und Enkel schreibt, liest sich weitestgehend so wie die Argumente, die Franz Josef Strauß seit Jahren vorträgt, die der Bundeskanzler und die Bundesregierung jedoch nie zur Kenntnis nehmen wollten.

Jetzt rächt sich auch, daß die Regierung entgegen den Forderungen der Union in einer guten Konjunkturlage durchgreifende Schritte zur Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen ablehnt hat, daß entgegen den konjunkturpolitischen Notwendigkeiten auch in Zeiten eines hohen Wirtschaftswachstums die Möglichkeit einer Finanzierung durch Schulden überreizt, daß finanziell politisch in guten Zeiten keine Vor-

sorge für schlechte Zeiten getroffen wurde.

Finanzminister Mattheußer muß jetzt zugeben, daß zur Erfüllung der bereits zahlenmäßig feststehenden Verpflichtungen und zur Einlösung der Versprechen des sogenannten Steuer- und Familienprogramms der Regierung mindestens 4 bis 5 Mrd. DM von den Ausgaben gestrichen werden müssen, die in dem von ihm vorgelegten, äußerst knapp geschnittenen Finanzplan für 1981 vorgesehen sind.

Diese Zahl ist indessen nur die halbe Wahrheit; die gewaltigen Mehrkosten als Folge der sowjetischen Herausforderung, als Folge der Verpflichtungen gegenüber der EG, als Folge der anstehenden Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst werden weitere Milliardenausgaben und entsprechende Kürzungsnotwendigkeiten für 1981 mit sich bringen. Allein der NATO-Beschluß, die Verteidigungsausgaben um real drei Prozent im Jahresdurchschnitt steigen zu lassen (dem die Bundesregierung bereits vor der Afghanistan-Krise zugestimmt, den sie in ihrer Finanzplanung aber weder für 1980 noch für die Jahre danach verwirklicht hat), kann nur dann erfüllt werden, wenn die Verteidigungsausgaben in diesem Jahr um 1 Mrd. DM, im nächsten Jahr um über 2½ Mrd. DM über die Zahlen der Finanzplanung hinaus erhöht werden.

Nach dem Eingeständnis des Bundesfinanzministers scheidet eine weitere Erhöhung der Schuldenzuwächse aus. Bereits die jetzige Verschuldungsplanung (Schuldenzuwachs 1980: 24 Mrd. DM, 1981: 27 Mrd. DM) ist sowohl finanziell wie auch konjunkturpolitisch unvertretbar hoch; die Berechtigung der Warnungen der Bundesbank (Monatsbericht Dezember 1979), daß die derzeitige Verschuldungsplanung die Gefahr

in sich berge, daß „entweder der finanzielle Spielraum für das Wachstum der privaten Investitionen eingeengt wird oder daß weitere inflatorische Impulse entstehen“, wird durch die Zinsenentwicklung an den Kreditmärkten der jüngsten Zeit eindrucksvoll bestätigt.

Aus den jetzt vom Finanzminister gezogenen Erkenntnissen gibt es nur folgende Schlußfolgerung:

1. Für 1980 kann im bevorstehenden Nachtragshaushalt einer noch weitergehende Erhöhung des Schuldenzuwachses — entgegen den bisherigen Vorstellungen des Bundesfinanzministers — nicht zugestimmt werden. Die Bundesregierung muß konkrete Vorschläge machen, durch welche Abstriche, bei welchen Ausgaben sie den Ausgleich für die von ihr selbst vorgesehenen Mehrausgaben (Verteidigung, Wiedergutmachung usw.) herausholen will.
2. Für 1981 wird es die Opposition nicht hinnehmen, daß die Bundesregierung verschweigt, welche Ausgaben sie 1981 kürzen will, um die bereits jetzt vorhersehbaren Mehrbelastungen aufzufangen. Es darf nicht dazu kommen, daß vor der Bundestagswahl alle Probleme unter den Tisch gekehrt werden, nach der Wahl das böse Erwachen durch Einschränkung gesetzlich beschlossener Maßnahmen in einem neuen Haushaltsgesetz kommt; die Rententäuschung des Jahres 1976 soll und darf sich nicht in einem noch weitergehenden Umfang wiederholen. Der mündige Bürger hat Anspruch, genau zu erfahren, mit welchen Abstrichen, insbesondere an bereits beschlossenen gesetzlichen Leistungen, er als Folge der leichtfertigen und miserablen Finanzpolitik der von der SPD geführten Bundesregierung in der Zukunft zu rechnen hat.

■ KOALITION

Rentenwirrwarr bei SPD und FDP

Der sozial-liberale Rentenzirkus setzt seine Vorstellung fort. Die FDP schreit „hü“, die SPD schreit „hott“. Die FDP will die nettolohnbezogene, die SPD die bruttolohnbezogene Rente. Was will der Bundeskanzler? Er war doch im Wahlkampf 1976 rentenpolitisch so lautstark und ist jetzt so kleinlaut.

Zu den Vorschlägen der SPD für die Rentenreform 1984 erklärt der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm: „Der sozialdemokratische Vorschlag eines gestaffelten Krankenversicherungsbeitrages der Rentner kommt spät, doch er kommt. Die SPD schwenkt damit still und leise auf die Linie ein, die die CDU seit Jahren vertreibt. Damals allerdings hat ihr diese Forderung den Spott der Sozialdemokraten eingetragen.“

Ein Jahr Rentenanrechnung für Kindererziehung ist ein Gnadenbrot für die Mütter. Die Mutterarbeit kann nicht mit einem solchen Almosen abgefunden werden. Mutterarbeit ist so wertvoll wie Erwerbsarbeit. Deshalb dürfen die Mütter nicht mit einer Neuauflage des Babyjahres abgespeist werden:

Zu den Ergebnissen der sog. Wehner-Kommission erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik — MdB Heinz Franke: „Zur Neuregelung der Hinterbliebenenrente hat sich die SPD für das Modell der Teilhaberrente ausgesprochen, setzt sich aber in Widerspruch zu den erst jüngst der Presse übergebenen Forde-

rungen der ‚Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen‘ (ASF). Eine Tendenz zur Teilhaberrente mit Besitzstandsgarantie war schon auf dem Berliner Parteitag der SPD festzustellen und wurde schon dort von sozialdemokratischen Frauen heftigst kritisiert.“

Doppelte Moral

Eine Politik der doppelten Moral warf der Bundesvorsitzende der Jungen Union, der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Wissmann, dem Juso-Vorsitzenden Schröder vor. Zu dessen Ablehnung eines Olympia- und Handelsboykotts gegenüber der Sowjetunion erklärte er: Niemand hat bisher einen totalen Handelsboykott gegenüber der Sowjetunion gefordert. Wer aber — wie die Jungsozialisten — Handelsmaßnahmen gegenüber der Sowjetunion ausschließt, andererseits seit Jahren einen Handelsboykott gegenüber Südafrika fordert, macht deutlich, daß er auf dem linken Auge total blind ist, wenn es um Maßnahmen gegen Aggression und die Verletzungen der Menschenrechte geht.

Durch die Äußerungen Schröders zum Einmarsch der Russen in Afghanistan wird im übrigen erneut offenbar, daß die Jungsozialisten zwar fähig sind, lauthals Rechtsdiktaturen zu kritisieren, daß ihnen aber der Mut fehlt, mit der gleichen Deutlichkeit gegenüber kommunistischen Diktaturen aufzutreten.

Große Koalition für den „Lehrling“

Eine Bürgerinitiative mit dem Ziel der Streichung des Wortes „Auszubildende“ aus den bundesdeutschen Gesetzen und der Wiedereinführung des guten alten „Lehrlings“ hat der Parteivorsitzende Helmut Kohl dem Handwerk

anempfohlen. In seinen Dankesworten für den Ehrenring des Deutschen Handwerks zeigte der CDU-Vorsitzende auf, daß dem „Lehrling“ im Deutschen Bundestag mehr als eine Zweidrittelmehrheit sicher ist:

„Vor ein paar Wochen war ich Zeuge, als der Bundeskanzler Helmut Schmidt den Ehrenring des Deutschen Handwerks bekam. Ich habe dabei zu meiner Überraschung festgestellt, daß auch Helmut Schmidt ebenso wie ich die Meinung teilt — was ja nicht immer der Fall ist —, daß es ein absoluter Blödsinn ist, daß in der deutschen Gesetzgebung das gute alte Wort ‚Lehrling‘ abgeschafft und das wortbesserische Wort ‚Auszubildende‘ eingeführt wurde. Ich habe ihm gleich angeboten, daß wir das sofort abschaffen.“

Helmut Kohl sagte unter kräftigem Beifall: „Ich bin hier zeichnungsberechtigt für 253 Stimmen im Deutschen Bundestag! Ich sehe Kollegen von der FDP und SPD. Wir könnten heute schon die Mehrheit hier umwerfen!“ Doch der Kanzler werde eine Nagelprobe auf seine Aussage scheuen. Bei ähnlichen Gelegenheiten habe sich immer wieder gezeigt, daß den starken Worten des Kanzlers keine Taten folgen.

Zwielichtige Haltung zum Verfassungsschutz

Auf eine parlamentarische Anfrage der Union, ob die Wahrnehmung einer Funktion in der NPD oder der DKP bzw. die Kandidatur für eine dieser Parteien, die anerkanntermaßen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, eine Treuepflichtverletzung des Beamten sei, die disziplinarisch geahndet werden müsse, hat die Bundesregierung nur eine unzureichende Antwort gegeben.

Aus ihr wird nach Ansicht des Vorsitzenden des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Unions-Fraktion, Benno Ehrhard, in erschreckendem Maße deutlich, daß die Verfassungsschutzbehörden von der Bundesregierung mittlerweile in einem Maße lahmgelagt werden sind, daß sie noch nicht einmal über die primitivsten und öffentlich zugänglichen Daten über die Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst verfügt. So kann die Bundesregierung noch nicht einmal Auskunft darüber geben, wie viele der 69 Mitglieder der DKP und der SDAJ, die Bundesbeamte sind, Funktionen auf Bundes- oder Kreisebene ausüben, wie viele der NPD-, DKP- und SDAJ-Mitglieder im Bundesdienst bei Kommunalwahlen kandidieren und welchen beamtenrechtlichen Status diese Beamten bei den Behörden des Bundes haben.

Obwohl der Bundesdisziplinaranwalt wegen seiner rechts- und gesetzestreuen Haltung massiven und ungerechtfertigten Angriffen insbesondere von den Linken in der SPD ausgesetzt ist, hat es die Bundesregierung erneut abgelehnt, sich eindeutig vor den recht- und pflichtgemäß handelnden Beamten zu stellen. Damit wird ihre eigene Haltung zwielichtig. Die Beamten, die wie Bundesdisziplinaranwalt Claussen ihre Pflicht erfüllen, müssen eindeutig vor ungerechtfertigten Kampagnen in Schutz genommen werden.

In der Zeit des nationalsozialistischen Unrechts haben wir bittere Erfahrungen sammeln müssen, wie gesetzestreue Beamte auf einen partei- und regierungskonformen Kurs gezwungen wurden. Das darf sich nicht mehr wiederholen.

■ NDR

Neuer Staatsvertrag sichert ein bürgerliches Programm

Nach dem Abbruch der Gespräche über einen Drei-Länder-NDR durch Hamburg wollen nun Schleswig-Holstein und Niedersachsen ihrer Verpflichtung zur Sicherung einer guten Rundfunkversorgung nachkommen. Mit dieser Begründung wurde am 7. 2. 1980 der neue Zwei-Länder-Staatsvertrag für den NDR von den Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg unterzeichnet. Mit diesem Schritt sind wichtige rundfunkpolitische Veränderungen in den achtziger Jahren vorbereitet worden.

Da zu stellte MdB Christian Schwarz-Schilling, medienpolitischer Sprecher der CDU, fest: Erinnern wir uns kurz noch einmal an die Gründe des NDR-Debakels. Ministerpräsident Stoltenberg hatte den seit 1955 bestehenden Staatsvertrag sowohl wegen der starken Linkslastigkeit des Senders gekündigt, als auch wegen der finanziellen Mißwirtschaft und der Unfähigkeit, regionale Bedürfnisse außerhalb Hamburgs angemessen zufriedenstellen zu können. Ministerpräsident Albrecht schloß sich dieser Kündigung an und forderte für den neuen Staatsvertrag u. a. die Abschaffung des NDR-Sende-monopols und die Einschränkung des Parteieneinflusses.

Beide Ministerpräsidenten wollten mit dieser Kündigung weder den NDR als

öffentlicht-rechtliche noch als Drei-Länder-Anstalt in Frage stellen bzw. zerschlagen. Es ging ihnen lediglich darum, wieder größere Ausgewogenheit in der Programmgestaltung des NDR verwirklicht zu wissen, und sie erwarten von den Auswirkungen des Vertrages eine breitere, objektivere und von mehr journalistischer Fairneß getragene Information der Bürger.

Die Wankelmüigkeit des Hamburger Bürgermeisters hat gerade bei der Auseinandersetzung um den NDR die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien zu Tage treten lassen. Diese Meinungsverschiedenheiten haben nun so grundsätzliche, in das Weltanschauliche hineinreichende Züge wie die Frage der Kernenergie oder wie die mittlerweile historische Auseinandersetzung um Plan- oder Marktwirtschaft in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg.

Die CDU steht auf dem Standpunkt, daß die heutige Medientechnologie Wettbewerb möglich macht und daß deshalb das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Konkurrenz zu privaten Anbietern treten muß. Mit der Behebung des Frequenzmangels durch die moderne Kommunikationstechnik und der Entwicklung weniger kostenträchtiger Programmformen erhält das Grundrecht der Rundfunkfreiheit eine neue Dimension. Es beinhaltet das Grundrecht auf freien Zugang zu den

neuen Techniken der Meinungsverbreitung und sollte auch privaten Trägern zugänglich sein.

Aus diesem Grunde wurde in den neuen Staatsvertrag das Sendemonopol des NDR für den norddeutschen Raum nicht wieder aufgenommen. Sollte nun der NDR von beiden CDU-regierten Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein übernommen werden — Voraussetzung dafür ist jedoch die Zustimmung Hamburgs —, dann könnten in Folge der Auflösung des NDR-Sendemonopols private Anstalten neben dem NDR gegen Erstattung der Kosten ihre Hörfunksendungen und ihre Videotexte über die technischen Anlagen des NDR ausstrahlen.

Für eine bessere regionale Berichterstattung

Außerdem ist geplant, daß jedes Land eine UKW-Frequenz ausschließlich zur regionalen Berichterstattung nutzt. Diese getrennten Landesprogramme werden von den Funkhäusern in Kiel und Hannover, die gleichwertig auszustatten sind, selbstständig und in eigener Verantwortung gestaltet.

Die weiteren Hauptgesichtspunkte des zweiseitigen Staatsvertrages sind:

1. die bedeutsamen gesellschaftlichen und weltanschaulichen Gruppen sollen unter Zurückdrängung des Parteieinflusses im Rundfunkrat, dem die Programmaufsicht obliegt, einen bestimmenden Einfluß erhalten. Von den 40 Mitgliedern dieses Gremiums stellen die Landesparlamente und -regierungen insgesamt 10. Drei Viertel der Mitglieder werden von den gesellschaftlich-relevanten Gruppen gestellt;
2. die regionale Berichterstattung wird wesentlich verbessert;

3. die Rechte der Zuschauer werden verstärkt, z. B. durch ein breitgefächertes Gegendarstellungsrecht;
4. das Intendantenprinzip wird nicht nur beibehalten, sondern sogar verstärkt, da der Intendant aufgrund des neuen Vertrages verpflichtet ist, bei Verstößen gegen die Grundsätze der Programmgestaltung oder -richtlinien den Sachverhalt zu ermitteln und die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen;
5. im § 8 (Programmausgewogenheit) wurde festgelegt, daß kritisierte Personen auch das Recht haben, selbst zu Wort zu kommen;
6. des weiteren enthalten die Programmrichtlinien (im neuen Vertrag 7 Paragraphen statt bisher 1), daß wertende und analysierende Einzelbeiträge dem Gebot journalistischer Fairneß und in ihrer Gesamtheit der Vielfalt der Meinungen zu entsprechen haben.

Die Fehler der SPD in Hamburg werden nicht wiederholt

Dem stets angestrebten Ziel, den Rundfunk zu entstaatlichen und wieder bürgerlich zu machen, wobei der Parteieinfluß zurückgedrängt wird, sind wir mit diesem Vertrag einen großen Schritt näher gekommen. Einen „Schwarzfunk“ an die Stelle des bisherigen NDR zu setzen und somit den Fehler, den die SPD in Hamburg gemacht hat und der zu dem heutigen Fiasko des NDR geführt hat, entspricht weder den Vorstellungen der Union noch den Interessen des Bürgers. Der Bürger erwartet ein bürgerliches, journalistisch attraktives und faires, von Staat und Parteien unbeeinflußt vielfältiges Programm. Der neue NDR-Staatsvertrag ist ein sehr guter Meilenstein auf dem Weg zum Ziel.

■ GESUNDHEITSVORSORGE

Krebsbericht der Bundesregierung ist nicht mehr als eine Farce

Mit einer Verzögerung von gut einem Jahr hat die Bundesregierung ein 66 Schreibmaschinenseiten umfassendes Papier vorgelegt, das dem Auftrag des Deutschen Bundestages gerecht werden soll, einen „Nationalen Krebsbericht“ zu erstellen.

Es ist nicht zu erkennen, was an diesem Papier dreieinhalb Jahre Bearbeitungszeit erfordert haben soll, erklärte MdB Heinz Riesenhuber in Bonn dazu. Der Beschuß des Deutschen Bundestages datiert vom Juni 1976; wegen der Schwierigkeit der Materie hatte die Bundesregierung eine Fristverlängerung von einem Jahr auf Dezember 1979 erbettet. Als „Nationaler Krebsbericht“ war eine Vorlage zu erwarten, die etwa dem eines Bundesforschungsberichtes vergleichbar ist.

Der Bericht enthält wenig, was nicht schon vorher veröffentlicht war. Er wiederholt das Konzept, das Gesundheitsminister Antje Huber bei der sogenannten „Großen Krebskonferenz“ am 27. September 1979 vorgetragen hatte. Dieses Konzept lehnt ebenso wie der vorliegende Bericht ein nationales Krebsprogramm ab. Ein solches aber wäre beim derzeitigen Erfahrungsstand realistisch. Der Bericht setzt demgegenüber unverändert auf ein Konzept von Geschäftsstelle und Fachkommissionen, die einzeln die Programme erarbeiten

sollen sowie auf die Große Krebskonferenz.

Die Fachkommissionen sind grundsätzlich vernünftige Einrichtungen um das Wissen in Teilbereichen zusammenzufassen, zu strukturieren und daraus neue Fragestellungen abzuleiten.

Entscheidend ist jedoch, wie dieses Wissen im Übergriff auf die einzelnen Disziplinen und Sektoren in ein umfassenderes Konzept eingebunden wird; denn es ist inzwischen offenkundig, daß die höchst komplexe Krebsproblematik interdisziplinär lösbar ist.

Die Geschäftsstelle oder irgendeine andere administrative Einrichtung ähnlicher Art ist schon längst überflüssig, um Ordnung in den Kompetenzwirrwarr unter den mehr als ein halbes Dutzend beteiligten Bunderessorts zu bringen.

Darüber hinaus kann sie jedoch weder umfassenden Sachverstand noch eine verbindliche Autorität beanspruchen; es sei denn, das Gesundheitsministerium benutzt sie, um die eigenen Vorstellungen administrativ durchzusetzen.

Die Große Krebskonferenz hatten wir seinerzeit begrüßt als Chance, in Zusammenarbeit aller fachkundigen und betroffenen Institutionen und Organisationen eine gemeinsame Grundlinie in der Arbeit zu diskutieren.

Die Chance ist am 27. September 1979 von Frau Huber vergeudet worden: Nur knapp vier Stunden Zeit stand 200 Teilnehmern zur Verfügung; davon waren

über zwei Stunden nach dem Wunsch des Gesundheitsministeriums der Selbstdarstellung ausgewählter Institutionen gewidmet.

Wie eine derart große Konferenz bei einer derartigen Anlage der Arbeit zu einer fachlich umfassenden und hinreichend straffen Leitung von Programmen kommen kann — und dazu bei mehrjährigen Tagungsbeständen —, ist schlechterdings nicht erkennbar.

Im Verlauf der Diskussion in den vergangenen Monaten hat sich zunehmend herausgestellt, daß der von der CDU/CSU-Fraktion im April 1979 eingebrachte Antrag zur Krebsforschung und Krebsbekämpfung in Deutschland eine sachgerechte Lösungsmöglichkeit darstellt. Die notwendige Zusammenfassung und Ergänzung der vielfältigen Anstrengungen in der Praxis in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen sollte nunmehr ohne weitere Verzögerung erfolgen.

Nur aus einem solchen „Rat“ kann die Geschäftsstelle ihre verbindlichen Vorgaben beziehen, nicht aus der Bürokratie des Ministeriums. Allein ein solches Gremium kann die Arbeit der Fachkommission schrittweise zu einem vernünftigen Gesamtkonzept führen und die verantwortliche Beteiligung der politisch Verantwortlichen, die schließlich auch die finanziellen Rahmenbedingungen festzulegen haben, sicherstellen. Die Idee von Frau Huber, Parlamentarier in Fachkommissionen zu berufen, ist demgegenüber hilflos und zeugt von einem mangelnden Verständnis sowohl von der Rolle des Parlamentariers als auch der Aufgabe der Fachkommission.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung unsere dringende Aufforderung, ihr Konzept nochmals zu überdenken, möglichst bald aufnimmt.

■ WOHN GELD

Warnung vor neuer Täuschung der Betroffenen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 18. September 1979 die Einbringung einer Gesetzesinitiative zur Anpassung des Wohngeldes an die Mieten- und Einkommensentwicklung und zur Verbesserung der Wohngeldleistungen besonders für Haushalte mit vier und mehr Personen beschlossen.

Der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden im Bundesbauministerium erarbeiteten Gesetzentwurf am 12. November 1979 gebilligt, und der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hat dessen Grundzüge am 14. November 1979 im Pressedienst seiner Fraktion verkündet.

Nach dem Gesetzentwurf des Bundesbauministers erfordert die angekündigte Wohngeldnovelle, soll sie über die Anpassung des Wohngeldes hinaus den Haushalten mit vier und mehr Personen Verbesserungen bringen, ein Finanzvolumen von 880 Mio. DM (Bundesanteil 440 Mio. DM).

Demgegenüber sehen die steuer- und familienpolitischen Maßnahmen der Koalitionsparteien, die vom Bundesfinanzminister im Einverständnis mit dem Bundeskanzler und dem Bundeswirtschaftsminister am 18. Dezember 1979 als Programm der Koalition verkündet wurden, für Verbesserungen des Wohngeldes lediglich ein Finanzvolumen von

660 Mio. DM (Bundesanteil 300 Mio. DM) vor.

Zu dem Streit zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und dem Bundesbauminister auf der einen Seite und den Koalitionsspitzen und dem Bundesfinanzminister auf der anderen Seite erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, MdB Friedrich-Adolf Jahn (Münster):

Eine Anpassung des Wohngeldes an die Mieten- und Einkommensentwicklung und darüber hinaus eine Verbesserung der familienbezogenen Leistungen entsprechend den von der SPD-Bundestagsfraktion weiter aufrechterhaltenen Ankündigungen ist mit diesem Finanzvolumen nicht zu verwirklichen. Wer etwas anderes behauptet, täuscht den Bürger.

Bei einem Finanzvolumen von 600 Mio. DM stellt sich für die Koalition nur die Alternative

— entweder auf die angekündigten Verbesserungen für Haushalte mit vier und mehr Personen, also in der Regel für Familien mit zwei oder mehr Kindern zu verzichten

— oder den Ein- und Zweipersonenhaushalten, die immerhin 75 % der Wohngeldempfänger stellen, die volle Anpassung ihres Wohngeldes an die Mieten- und Einkommensentwicklung zu versagen.

Heilos zerstritten

Das Gerangel um das Finanzvolumen der von Seiten der SPD und vom Bundesbauminister lautstark angekündigten Verbesserung der Wohngeldleistungen ab 1981 offenbart erneut die heillose Zerstrittenheit zwischen der Bundesregierung und der SPD-Bundestags-

fraktion sowie innerhalb der Bundesregierung selbst.

Um in Erfahrung zu bringen, ob Familien mit Kindern überhaupt noch Verbesserungen ihres Wohngeldes über die auch ihnen zustehende Anpassung an die Mieten- und Einkommensentwicklung hinaus zu erwarten haben, sind folgende Fragen an die Bundesregierung gerichtet worden:

Fragen an die Regierung

1. Hält die Bundesregierung an ihrem Vorhaben fest, einen Regierungsentwurf zur Novellierung des Wohngeldgesetzes vorzulegen, der

— das Wohngeld ab 1981 an die Mieten- und Einkommensentwicklung anpaßt,

— alleinerziehende Elternteile den „Vollfamilien“ gleichstellt,

— für Haushalte ab vier Personen zusätzliche Verbesserungen einführt und

— sicherstellt, daß die mit der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner verbundene Rentenerhöhung nicht den Wohngeldanspruch dieser Haushalte mindert,

und bis zu welchem Zeitpunkt ist ggf. mit einem entsprechenden Kabinettsbeschuß zu rechnen?

2. Welches Finanzvolumen ist im Anlaufjahr 1981 und in dem darauffolgenden Jahr 1982 erforderlich, um das Wohngeld an die Mieten- und Einkommensentwicklung bei Vermeidung von Minderungen der Wohngeldansprüche der Rentner anzupassen, und welches Finanzvolumen ist darüber hinaus für Verbesserungen, insbesondere für die Haushalte ab vier Personen, vorgesehen?

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Halbherziger Protest

Man konnte wohl bemerken, und Böllings Erklärung lenkt noch einmal die Aufmerksamkeit dahin, daß in Bonn einige Kabinettsmitglieder, darunter Genscher, Graf Lambsdorff und Apel, versucht haben, einem Boykott der Moskauer Spiele den Weg zu ebnen. Aber Bundeskanzler und Bundeskabinett wollen offenbar weiter warten bis zum Ablauf von Präsident Carters „Ultimatum“ am 20. Februar. Jedermann kann wissen, daß die Sowjetunion Afghanistan nicht bis zu diesem Datum, wahrscheinlich nie mehr räumen wird.

Ein Argument gegen den Boykott lautet, daß es nicht möglich sein werde, die Sowjetunion mit Sanktionen solcher oder anderer Art (Weizenlieferung, Technologie-Export, Kredite) zum Abzug aus Afghanistan zu bewegen. Der Einwand verkennt den Zweck von Sanktionen. Er besteht darin, der sowjetischen Führung zu zeigen, daß ihre Un-

tat sie etwas kostet und daß vor Wiederholungen gewarnt wird. Der Sportboykott wird um die halbe Wirkung gebracht, wenn er nur mit Ach und Krach zustande kommt.

Nicht viel besser steht es mit dem anderen Argument, mit dem einzelne Minister den Boykott unterstützen: Man sei den Amerikanern „Solidarität“ schuldig. Die Solidaritätsreden sind ziemlich überflüssig. Regierung und Bürger Amerikas erwarten von den Europäern keine Akte der Solidarität, sondern der praktischen politischen Vernunft. Nicht den Amerikanern ist etwas zu zeigen, sondern der sowjetischen Führung. Nicht auf „Solidarität“ mit den Amerikanern kommt es an, sondern auf Wahrnehmung der gemeinsamen westlichen Interessen an der Eindämmung sowjetischer Machtentfaltung. Das Solidaritätsgerede kann Moskau nur auf falsche Gedanken bringen: Der Protest der Westeuropäer sei nicht ernst gemeint, sondern werde eher widerwillig angemeldet. Mit Halbherzigkeiten ist hier nichts zu gewinnen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung
12. Februar 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD